



## Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

zu „Daseinsvorsorge in der Gesundheitsversorgung und Pflege sichern“ (Drucksache 19/3097)

Gesundheits- und Pflegeversorgung kontinuierlich weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zu einer modernen, bedarfsdeckenden, für jedermann zugänglichen und qualitativ hochwertigen Gesundheits- und Pflegeversorgung. Um diesem Ziel Rechnung zu tragen, hat der Schleswig-Holsteinische Landtag in der laufenden 19. Legislaturperiode vielfältige Initiativen auf den Weg gebracht. Sie verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, um so die Versorgungssicherheit insgesamt und fortlaufend zu verbessern. Besonders hervorzuheben sind folgende Initiativen:

- 19/205      Qualifiziertes und bedarfsgerechtes Personal für die Pflege
- 19/511      Medizinische Versorgung für Menschen ohne Papiere
- 19/513      Sicherung der Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein
- 19/833      Pflege braucht ausreichend Zeit!  
Verbesserungen von Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen
- 19/981      Neuregelung des Elternunterhalts bei Pflegebedürftigkeit
- 19/1088     Gesundheitsfachberufe fördern
- 19/1102     Imagekampagne für Pflege-Berufe starten
- 19/1336     Pflegeversicherung weiterentwickeln
- 19/1384     Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege verbessern
- 19/1557     Pflegefinanzierung zukunftsfest gestalten
- 19/1712     Studienplatzoffensive Medizin
- 19/1951     Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege endlich verbessern
- 19/2146     Pflegefinanzierung endlich zukunftsfest und solidarisch

ausgestalten

- 19/2506 (neu) Corona-Pandemie wirksam eindämmen (fraktionsübergreifend)
- 19/2365 (neu) Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche
- 19/2492 Für Schleswig-Holstein – In der Krise halten wir zusammen!  
(fraktionsübergreifend)
- 19/2715 Kliniken und Intensivstationen nachhaltig stärken
- 19/3086 Covid-19 Medikamentenforschung in Deutschland und Europa weiter ausbauen
- 19/3087 COVID-19 wirkungsvoll eindämmen – Impfungen Weltweit ermöglichen

Der Landtag begrüßt zudem die zügige Umsetzung seiner Handlungsaufträge durch die Initiativen der Landesregierung im Rahmen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) sowie des Bundesrates zur:

- Einsetzung einer Kommission zur grundlegenden Reform der Finanzierungsgrundlagen und strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung
- Neuregelung des Elternunterhalts bei Pflegebedürftigkeit, so dass auch bei Leistungen der Hilfe zur Pflege, entsprechend der Regelungen für die Grundsicherung im Alter, und bei Erwerbsminderung Unterhaltsansprüche der Leistungsberechtigten gegenüber ihren Kindern erst ab einem jährlichen Gesamteinkommen pro Kind in Höhe von mehr als 100.000 Euro berücksichtigt werden. Hierfür ist seitens des Bundes ein Kostenausgleich für Länder und Kommunen zu gewähren.
- Finanzierung der Kosten für die Behandlungspflege von Heimbewohnerinnen und -bewohnern aus der Krankenversicherung.
- Reform der Pflegeversicherung dahingehend, dass für den Eigenanteil der Pflegebedürftigen an den erforderlichen Pflegeleistungen eine Obergrenze gesetzlich festgelegt wird und die Pflegeversicherung alle darüber Hinausgehenden und erforderlichen Pflegekosten trägt.
- Einführung eines Bundeszuschusses aus Steuermitteln, damit die finanziellen Lasten der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Finanzierung der Pflege nicht einseitig zu Lasten Beitragszahlern und Pflegebedürftigen gehen.

Die benannten Landes-, Bundes- und EU-Initiativen haben oder werden dazu beitragen, die Versorgungslandschaft in Schleswig-Holstein, aber auch darüber hinaus, nachhaltig positiv weiterzuentwickeln. Hierdurch soll erreicht werden, dass die Gesundheits- und Pflegeversorgung insgesamt gestärkt wird. Auch die immer noch andauernde Coronavirus-Pandemie hat gezeigt, dass stetige System-Weiterentwicklungen notwendig sind, um eine funktionsfähige Gesundheits- und Pflegeversorgung für unsere Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Der Landtag spricht sich dafür aus, diesen Weg konsequent und ergebnisoffen weiter zu verfolgen, um so das Leben aller Bürgerinnen und Bürger weiter positiv zu beeinflussen.